



## Familien gewinnen

Bessere Qualität, mehr Personal und Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten. Die Einigung von Senat und Landeselternausschuss bedeutet, dass 232 Millionen Euro bis 2013 für die Berliner Kitas zusätzlich zur Verfügung stehen! Ein Überblick von Sandra Scheeres, Sprecherin für Jugend und Familie

Seite 2



## Mieterschutz sichern

Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ablehnen. Nach den Plänen der neuen Bundesregierung soll auch für Vermieter künftig nur noch eine dreimonatige Kündigungsfrist gelten. Mit weitreichenden Folgen für die Mieter. Von Michael Arndt, Sprecher für Bauen und Wohnen

Seite 3



## Ein besseres Schulsystem für bessere Chancen

Die Schulstrukturreform bedeutet verbesserte Bildungschancen für alle. Doch worum geht es bei der Schulstrukturreform? Was müssen Eltern, Schüler und Lehrer über die neue Integrierte Sekundarschule wissen? Warum soll es künftig keine Hauptschulen mehr geben? Diese und viele andere Fragen beantwortet Ihnen Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner

Seite 5

Sehr geehrte Damen und Herren,



Berlin packt es an. In Berlin wird an mehr als 190 Baustellen mit Geld aus dem Konjunkturprogramm II gebaut. Das Land Berlin hat bei der Vergabe ganze Arbeit geleistet und trifft den Kern des Zukunftsinvestitionsgesetzes. Die lokale Wirtschaft profitiert in der konjunkturellen Krise von den investiven Maßnahmen des Bundes und des Landes Berlin mit dem Ergebnis, dass viele Arbeitsplätze erhalten werden. Aber auch im Bereich der Bildung investieren wir weiter, obwohl wir im Bundesländervergleich am meisten in die frühe Bildung, Betreuung und Erziehung investieren. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden. Seit 2007 ist das letzte Kitajahr beitragsfrei und ab 2011 sind alle drei Kitajahre vor der Einschulung beitragsfrei. Denn wir wollen, dass alle Berliner Kinder eine Kita besuchen, damit sie sich besser entwickeln und einen guten Schulstart haben. In den kommenden Jahren werden wir das Angebot in den Kitas schrittweise quantitativ und qualitativ weiter verbessern.

Und auch im Bereich der Schulen setzen wir mit der Schulstrukturreform ein deutliches Zeichen. Die Schulstrukturreform geht einher mit der eindrucksvollen Summe von rund 580 Millionen Euro, die zum großen Teil durch das Konjunkturpaket in die Sanierung von Gebäuden, den Ausbau von Mensen, bessere Sportanlagen investiert werden. Die Schulreform selbst führt dazu, dass 400 Lehrer- und Erzieherstellen mehr an Berlins Schulen sein werden.

Michael Müller  
Fraktionsvorsitzender

### ■ Wussten Sie schon ...

... dass das Land Berlin durch das Landesgleichstellungsgesetz seit dessen Inkrafttreten 1991 den Frauenanteil im öffentlichen Dienst kontinuierlich gesteigert hat? Frauen stellen 52,3 % des Personals im höheren Dienst der Bezirke, 43,3 % beträgt die Frauenquote in den Aufsichts- und Verwaltungsgremien der öffentlichen Anstalten. Mit einem Frauenanteil von 24,8 % bei den Professuren hat Berlin seine Spitzenposition im Ländervergleich weiter ausgebaut.

# Familien gewinnen – bessere Qualität, mehr Personal und Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten

Von Sandra Scheeres, Sprecherin für Jugend und Familie



Sandra Scheeres

Bessere Qualität in den Kitas und Beitragsfreiheit für die Eltern, dafür hat die SPD gekämpft. Bessere Qualität und Beitragsfreiheit haben Senat und Landeselternausschuss mit ihrer Einigung erreicht. Durch die direkte Initiative des Landeselternausschusses und das konsequente Festhalten der SPD an ihrem Stufenplan konnte auf kurzem Wege ein größtmöglicher Erfolg für Bildungsgerechtigkeit in Berlin und für unsere Kinder erzielt werden. Dies ist ein Erfolg von Augenmaß und langem Atem sowohl auf Seiten der Eltern, des Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner als auch bei der SPD.

## Berlin liegt bei der frühkindlichen Bildung bundesweit im Spitzenfeld

Gemeinsam mit dem Senat hat die SPD immer wieder deutlich gemacht, dass Berlin in der frühkindlichen Förderung Vorbildliches leistet. Der Kampf um Verbesserungen sollte nicht dazu führen, dass die Erfolge in Vergessenheit geraten. Berlin investiert jährlich über 800 Millionen Euro in die Kitas. Doch die SPD wollte sich nie auf der bundesweiten Vorreiterrolle Berlins ausruhen. Von Anfang an ging es daher nur um die Frage, in welchen Schritten die Verbesserungen realisiert werden können. Die SPD-Fraktion hat daher schon zu Beginn der Auseinandersetzungen (vor 1 1/2 Jahren) wichtige Inhalte des Volksbegehrens – nämlich die Verbesserung der Bildungsqualität in Kitas durch Aufstockung der Mittel und Senkung des Personalschlüssels – in ihren Stufenplan aufgenommen. Bei allen Ausein-

dersetzungen konnte so der Gesprächsfaden aufrechterhalten werden und sachliche Lösungen im Interesse von Kindern, Eltern und Erzieherinnen gefunden werden.

Die Einigung bedeutet für die Kinder und Erzieherinnen konkret: Der Erzieherschlüssel wird in einem ersten Schritt ab April 2010 um 0,5 Kinder pro Erzieher und dann ab Januar 2011 um weitere 0,5 Kinder abgesenkt. Ab Januar 2011 wird also jede/-r Erzieher/-in ein Kind weniger betreuen. Diese Absenkung bedeutet, dass die Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für die Kinder und auch mehr Zeit zur Umsetzung des Bildungsprogramms und des Sprachlernstagebuchs haben. Außerdem konnte ein weiterer wichtiger Punkt in die Vereinbarung mit aufgenommen werden: Ab 2011 werden Leiter von Einrichtungen mit mehr als 140 Kindern für ihre administrative und anleitende Tätigkeit von der Arbeit in den Kindergruppen freigestellt. Ab 2013 wird die Freistellung schon ab 120 Kindern folgen. Und es werden in den nächsten zwei Jahren bis zu 1.800 Erzieherstellen zusätzlich eingerichtet.

## 223 Mio. Euro stehen zusätzlich bis 2013 zur Verfügung

Neben den genannten Verbesserungen wird stufenweise der Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz eingeführt. Alle Kinder im letzten Jahr vor dem regelmäßigen Schulbeginn haben 2010 ohne Nachweis und ohne Bedarfsprüfung einen Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz mit 7 Stunden täglich. Dieser Rechtsanspruch wird 2011 auf das vorletzte und 2013 auf das Jahr davor ausgeweitet. Ein wichtiger Beitrag für bessere Qualität in der frühkindlichen Förderung. Ein Beitrag, der zusätzlich finanziert wird. 223 Millionen Euro stehen bis 2013 zusätzlich zur Verfügung. Denn eine billige Lösung, bei der die Eltern die Verbesserungen durch Einschränkungen in anderen Bereichen selbst finanzieren, stand für die SPD nie zur Diskussion. Dies waren die Konzepte der politischen Konkurrenz von Grün über Gelb bis Schwarz.

## Beitragsfreiheit entlastet Familien

Die SPD hat einen klaren bildungspolitischen Schwerpunkt. Wir wollen, dass alle

Berliner Kinder eine Kita besuchen. Deshalb haben wir trotz der Anfeindungen von allen Seiten und größerer Ausgaben für bessere Qualität an der Beitragsfreiheit für die letzten drei Kitajahre festgehalten. Dabei ging es auf der einen Seite darum, Familien zu entlasten und Hemmschwellen für den Besuch der Kita zu vermeiden. Auf der anderen Seite ging es jedoch auch darum, die Kita endlich als vollwertige Bildungseinrichtung anzuerkennen und beitragsfrei anzubieten.

Dafür kämpft die SPD in Land und Bund. In der großen Koalition ist es der SPD im Bund gelungen, mit dem ersten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab 2013 gesetzlich zu verankern. Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir es schaffen, in Berlin die Beitragsfreiheit in den letzten drei Jahren zu realisieren. Damit erfüllt sich eine der wesentlichen Forderungen der SPD: Um wirklich Bildungsgerechtigkeit und -gleichheit herzustellen, ist es notwendig, den Zugang zu Bildung für alle Kinder zu gleichen Bedingungen und möglichst niedrigschwellig zu gestalten.

Bundesland	Investitionen pro Kind
Berlin	2776
Hamburg	2329
Brandenburg	2273
Sachsen	2226
Sachsen-Anhalt	2155
Thüringen	2034
Mecklenburg-Vorpommern	1880
Bremen	1560
Rheinland-Pfalz	1533
Hessen	1499
Saarland	1416
Nordrhein-Westfalen	1362
Baden-Württemberg	1257
Bayern	1198
Niedersachsen	1048
Schleswig-Holstein	1019

Investitionen pro Kind im Bundesländervergleich – Reine Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung pro unter 10-jährigem Kind. Quelle: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008, Bertelsmann Stiftung

## Mieterschutz sichern – Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ablehnen

Von Michael Arndt, Sprecher für Bauen und Wohnen



Michael Arndt

Die SPD-Fraktion lehnt die unsozialen Pläne der neuen Bundesregierung zur Einschränkung des Mieterschutzes im Wohnungswesen entschieden ab und hat deshalb zu diesem Thema einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht. In dem Antrag wird der Senat aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Beibehaltung

der bestehenden Regelungen einzusetzen und gegebenenfalls im Bundesrat gegen jede Aufweichung der berechtigten Schutzinteressen der Mieterinnen und Mieter zu stimmen.

Michael Arndt: „Insbesondere die Pläne für eine verkürzte Kündigungsfrist für Vermieter sind nicht hinnehmbar.“ Nach den Plänen der neuen Bundesregierung soll auch für Vermieter künftig nur noch eine dreimonatige statt wie bisher sechs- bis neunmonatige Kündigungsfrist bei Kündigung wegen Eigenbedarfs oder nicht angemessener wirtschaftlicher Verwertung gelten. Dabei ist es für die Hauseigentümer in der Regel deutlich einfacher, einen Nachmieter zu finden, als für den Mieter eine neue, vergleichbar gute und preisgünstige (bezahlbare) Wohnung. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass mit jedem Mieterwechsel für den Vermieter bei der Neuvermietung eine weitere Mieterhöhungsmöglichkeit besteht, was insgesamt zu einer Erhöhung des allgemeinen Mietniveaus beiträgt.

Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, begrüßt grundsätzlich

sämtliche Anstrengungen zur energetischen Sanierung von Gebäuden, um auch dadurch einen Beitrag für einen nachhaltigen Klimaschutz zu leisten. Abgelehnt werden jedoch die Pläne der Bundesregierung zur generellen Duldung von energetischen Modernisierungen. „Diese Duldung sieht vor, dass die Mieterinnen und Mieter in ihrem Recht beschnitten werden sollen, die Miete für den Zeitraum mindern zu können, wenn die Baumaßnahmen zu erheblichen Beeinträchtigungen der Wohnnutzung führen“, so Daniel Buchholz.

„Auch das Vorhaben der Bundesregierung, klimafreundliche Sanierungen in die freie Entscheidung des Vermieters zu stellen, ist abzulehnen. Vielmehr ist es notwendig, den Mieterinnen und Mietern das Recht einer Mietminderung einzuräumen, sofern der Hauseigentümer den Mindestanforderungen der Energieeinsparverordnung nicht nachkommt“, so Daniel Buchholz weiter. In diesem Zusammenhang soll künftig der Energieausweis zum festen Bestandteil jedes Mietvertrages gemacht werden.

## Berlin packt es an – Sanierung der Berliner Bäder schreitet voran

Nach fast zwei Jahren Bauzeit und sechs Mio. Euro Kosten wurde die Wiedereröffnung der Helmut-Behrend-Schwimmhalle am Heleine-Weigel-Platz in Marzahn gefeiert. Das Bad wurde seit 2007 u. a. aus Mitteln des Bädersanierungsprogramms saniert.

Ursprünglich war die Wiedereröffnung für Dezember 2008 vorgesehen. Ursachen für die baulichen Verzögerungen lagen in den weitergehenden Schäden an der Dachkonstruktion, die erst nach Beginn der Baumaßnahmen im November 2007 festgestellt werden konnten. Im Zuge dessen stiegen die Sanierungskosten von knapp zwei Mio. auf insgesamt sechs Mio. Euro. Fast die Hälfte der Kosten konnten durch das Bädersanierungsprogramm des Berliner Senats gedeckt werden. Während der Maßnahmen akquirierten die Senatsverwaltung für Inneres und die Berliner Bäderbetriebe

zusätzliche Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Investitionspakt zur energetischen Sanierung“, so dass eine vollständige grundhafte Sanierung der Schwimmhalle durchgeführt werden konnte. Damit wurde die Fassade erneuert, der Brandschutz verbessert und die energetische Sanierung vorgenommen.

Jetzt ist das Bad auch energetisch auf dem neuesten Stand. Eine im Durchschnitt 16 Zentimeter dicke Dämmschicht klebt jetzt an den Wänden und liegt auf dem Dach. Sie trägt ganz wesentlich dazu bei, dass die Schwimmhalle künftig viel weniger Energie verbraucht. So soll der Verbrauch von Fernwärme um 25 Prozent sinken und der Ausstoß von 20 Prozent weniger klimaschädlichem Kohlendioxid ist möglich. Die Sanierung der Berliner Bäder geht unterdessen weiter. Die Bauarbeiten laufen im



Stadtbad Schöneberg sowie den Schwimmhallen Zingster Straße (Hohenschönhausen) und Ernst-Thälmann-Park (Prenzlauer Berg).

# SPD-Fraktion setzt sich für Veröffentlichung von Lebensmittelkontrollergebnissen ein – CDU will Rückschritt

Von Birigit Monteiro, Sprecherin für Verbraucherschutz



Birigit Monteiro

Die SPD-Fraktion steht für eine Ausweitung der Rechte der Verbraucher und eine größtmögliche Transparenz. Deshalb befürworten wir die Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen, wie beim Modellprojekt des Bezirkes Pankow. Berliner Restaurants, Imbissläden, Bäckereien und Kneipen werden regelmäßig überprüft. Pankow listet grobe Verstöße von Betrieben für alle einsehbar im Internet auf. In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz ist deutlich geworden, dass die CDU-Fraktion hinter die derzeitige Fassung des Verbraucherinformationsgesetzes und damit hinter das transparente Bewertungssystem zurückfallen will. Unter

der Antragsüberschrift „Gute Noten statt Pranger-Politik“ hat sie sich gegen die Veröffentlichung einer Negativ-Liste gewandt. Das hat für große Verwunderung im Ausschuss gesorgt. Denn wie sich bei den Nachkontrollen im Bezirk Pankow zeigt, reagieren die betroffenen Betriebe sofort und sind vor allem selbst daran interessiert, einwandfreie Bedingungen schnellstmöglich herzustellen und nachzuweisen. Negativ- und Positiv-Listen haben deshalb ihre Berechtigung. Wenn es nach der CDU-Fraktion ginge, würden die Berlinerinnen und Berliner nicht mehr erfahren, wo Ekelfleisch verkauft wurde und andere Verstöße begangen worden sind. Guten Appetit.

## Deutsche Post zerschlägt sich selbst – Aufgabe des Filialnetzes fatal

Die Deutsche Post will bis Ende 2011 bundesweit alle eigenen 475 Filialen aufgeben. Michael Müller, Vorsitzender der SPD-Fraktion, hat die Pläne der Deutschen Post scharf kritisiert. „Diese Schließung der Postfilialen hätte verheerende Auswirkungen auf die Dienstleistungen. Eine Postannahme- und Postausgabestelle beispielsweise in einer Spielhölle oder einer Tankstelle ist keine Alternative. Zu Post- und Briefdienstleistungen gehören Vertrauen und Verlässlichkeit. Dies kann dort mit Sicherheit nicht gewährleistet werden“, so Michael Müller.

„Letztendlich würde sich die Post mit diesem Schritt selbst zerschlagen und zu einer normalen Spedition machen. Bereits jetzt, nach der Schließung der ersten Filialen, nehmen die Beschwerden von Kunden zu. Einige Gemeinden seien sogar dazu übergegangen, selbst eine Postfiliale zu betreiben. Michael Müller weist zudem darauf hin, dass die Postfilialen vielfach bereits seit Jahrzehnten am gleichen Ort sind. Sie spielen damit auch eine wichtige Rolle für das Zusammenleben in einer Gemeinde oder einem Kiez.

Müller weiter: „Noch hält der Bund über die KfW rund 30 Prozent an der Deutschen Post. Ich fordere die Verantwortlichen im Bund auf, dieses kärgliche Überbleibsel an

Restverantwortung wahrzunehmen und sich für den Erhalt der Filialen einzusetzen.“

Der vollkommen falsche Weg sei es, das Steuerprivileg für die Post aufzuheben, wie es jetzt offenbar von Schwarz-Gelb verfolgt wird. „Das ist der letzte Schritt zur vollkommenen Privatisierung. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wäre es hingegen, das Steuerprivileg beizubehalten und darüber Druck auf die Post auszuüben für Qualitätsstandards und für ein vernünftiges Filialnetz“, kritisiert Michael Müller.

Michael Müller abschließend: „Bahn und Post sind zwei Musterbeispiele für den Irrweg der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge: Die Dienstleistungen werden schlecht und unzuverlässig.“



## Kurzmeldungen

Carl Wechselberg jetzt Mitglied der SPD-Fraktion

Der Abgeordnete Carl Wechselberg hat am Tag nach der Bundestagswahl seinen Eintritt in die SPD erklärt. Damit gehört er der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses an.

Carl Wechselberg, der seinen Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf direkt gewonnen hatte, arbeitet für die Fraktion in den Ausschüssen Wissenschaft und Forschung, Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien, Berlin-Brandenburg und im Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz.



# Ein besseres Schulsystem für bessere Chancen

Von Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung



Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner

**Der entscheidende Test zur Schulstruktur besteht aus nur vier entscheidenden Fragen:**

- **Wollen wir, dass Schüler mehr gemeinsam lernen?**
- **Wollen wir eine individuellere Förderung von Schülern, die einhergeht mit einer besseren und flächendeckenden Verknüpfung von Schule und Ausbildungswelt?**
- **Wollen wir aus bildungs- wie sozialpolitischen Gründen berlinweit ein Angebot von Ganztagschulen, nicht nur in Grundschulen, sondern auch an den weiterführenden Schulen der Klassen 7 und aufwärts?**
- **Wollen wir, dass die Eltern weiterhin entscheiden können, auf welche Schulart ihr Kind nach der Grundschule wechselt – ohne dass dabei eine Rolle spielt, wo die Familie wohnt?**

Wenn wir diese Fragen mit Ja beantworten, hat die Schulstrukturreform ihren entscheidenden Test bestanden. Denn dieses Ja bedeutet vor allem eine Zustimmung zu dem neuen, zweigliedrigen Schulstruktur-Modell, das ab den kommenden Schuljahren – neben dem Pilotprojekt Gemeinschaftsschule – nur noch integrierte Sekundarschulen und Gymnasien vorsieht. Nur noch zwei Schularten! Keine Hauptschulen mehr, die sich oft genug – oft genug auch fälschlich – als Restschulen empfunden haben. Zwei gleichwertige Schularten, die beide zum Abitur führen! Zwei Schularten, so wie es viele Bundesländer diskutieren. Wir in Berlin handeln und machen unserem Ruf als Vordenker und Vorreiter alle Ehre. So wie bei der sechsjährigen Grundschulzeit, die jetzt das schwarz-grüne Hamburg einführt oder beim Jahrgangsüber-

greifenden Lernen, um das uns viele Bildungsexperten deutschlandweit beneiden oder bei den für die Eltern kostenfreien Angeboten im Kita-Bereich.

**Nur noch zwei Schularten – ein großer Schritt in der Weiterentwicklung der Berliner Schule**

Gerade weil die eine Schulart, die Sekundarschule, eine Schule werden wird, die die guten Ansätze an Haupt-, Real- und Gesamtschulen in sich vereint. Sie ist dem Gymnasium gegenüber gleichwertig, weil sie zum Abitur führt und die Schüler in den für ihre Abschlüsse relevanten Fächern z. B. für den Realschulabschluss, heute Mittlerer Schulabschluss, die gleiche Stundenzahl an Unterricht erfahren. Sie ist aber bewusst nicht gleichartig. Sekundarschüler erfahren am Nachmittag Betreuung, an vielen Schulen auch Unterricht, haben aber einen weniger kompakten Stundenplan. Gymnasiasten haben im Schnitt an vier von fünf Schultagen sieben Stunden Schule, auch schon als Neuntklässler. Dies ist in ganz Deutschland der Preis für ein Abitur nach 12 Jahren. Sekundarschülerinnen und -schüler haben in der Regel ein Jahr mehr Zeit für die Schule, da sie ihr Abitur auch nach 13 Jahren ablegen können. Für die Verbindung zwischen Schule und Beruf (duales Lernen) – künftig an jeder Sekundarschule und nicht nur an den wenigen Hauptschulen – gibt es Beifall und handfeste Unterstützung von IHK, Handwerkskammer und Landeselternausschuss! All dies ist in dieser Stadt, wie wir wissen, nicht selbstverständlich.

**Unsere Schulstrukturreform bedeutet ein eindeutiges Ja zum Elternwillen**

Eltern sollen auch künftig entscheiden, in welcher Schulart ihr Kind die siebente Klasse beginnt. Wer die neuen Aufnahmebedingungen ablehnt – wie die Opposition – muss auch deutlich sagen, dass er den Elternwillen brechen will. Der Elternwille bleibt, weil wir als SPD die Eltern ernst nehmen. Genauso ernst nehmen wir auch unsere Schulen und deren Leitungen in ihrer Verantwortung. Deshalb werden künftig an Schulen, an denen es mehr Anmeldungen als Plätze gibt, die Schulleiterinnen und Schulleiter einen großen Anteil der künftigen Schüler ihrer Schule selbst auswählen können. 70 Prozent der neuen

Schülerinnen und Schüler werden künftig danach bestimmt, ob das Profil der Schule zu ihnen passt und ob dazu die Leistung stimmt. Dieses Vorgehen ist völlig neu! Keine Zuweisung von oben, kein Roulette, sondern Eigenverantwortung, individuelle Beratung und faire Kriterien! Wir werden mit der Reform an dieser Stelle der unsäglichen „BVG-Quote“ ein Ende bereiten. Zur Erinnerung: Im Moment entscheidet oft genug die Entfernung vom Wohnort zur Wunschschule – gemessen in BVG-Haltestellen – über Aufnahme oder Nicht-Aufnahme. So bilden Schulen letztlich nur die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung im unmittelbaren Umfeld der Schulen ab. Schulen als geschlossene Gesellschaften – was für ein Hohn! Künftig gibt es für 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine faire, gleiche Chance, an die Wunschschule zu gelangen, unabhängig vom Wohnort. Das Los als Mittel der Entscheidung ist übrigens überhaupt nichts Neues: Schon jetzt lösen die Bezirke bei gleicher Entfernung zur Schule. Es ist richtig, dass künftig sekundarschuleempfohlene Schüler an Gymnasien eine Chance haben werden. Schon jetzt werden an rund der Hälfte der Gymnasien Realschüler aufgenommen, wenn Plätze sonst frei bleiben würden. Oft schaffen sie es bis zum Abitur – eine besondere Leistung des Einzelnen und der ihn unterstützenden Schule! Die anderen müssen die Schule nach einer Probezeit verlassen. Dies ist bitter. Aber natürlich ist nicht jede Bildungsgangempfehlung einer Grundschule automatisch richtig. Wenn man Korrekturen durch die Eltern zulassen will, müssen auch vermeintlich schwächere Schüler am Gymnasium eine Startchance haben. Berlin verlost also nicht einfach blind Gymnasialplätze, sondern gibt jedem eine faire Chance zur Aufnahme an seiner Wunschschule – stadtweit und ohne Blick auf den Wohnort, der auch vom Mietpreis und anderen Faktoren abhängt, die ein Kind nicht zu verantworten hat.

Die Schulstrukturreform geht einher mit der eindrucksvollen Summe von rund 580 Millionen Euro, die zum großen Teil durch das Konjunkturpaket in die Sanierung von Gebäuden, den Ausbau von Mensen, bessere Sportanlagen investiert werden. Die Schulreform selbst führt dazu, dass 400 Lehrer- und Erzieherstellen mehr an Berlins Schulen sein werden. Sie ist ein Meilenstein.

## Demokratie an der Hochschule?

Seit der Einführung der Experimentierklausel im Berliner Hochschulgesetz und der gestuften Studienstruktur im Zuge des Bologna-Prozesses haben sich die Rahmenbedingungen für eine demokratische Teilhabe an den Berliner Hochschulen stark verändert. Während die Hochschulleitungen die neuen Organisations-Spielräume in der Regel als Gewinn empfinden, wird von vielen Studierenden der damit verbundene Abbau von demokratischen Entscheidungsstrukturen kritisiert. Dieses Spannungsverhältnis wurde gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren der Berliner Hochschulen diskutiert.



Der Parlamentarische Geschäftsführer, Christian Gaebler (li.), und der wissenschaftspolitische Sprecher, Lars Oberg (Mitte), bei der Diskussion zum Thema „Demokratie an der Hochschule“

Auf Einladung des Parlamentarischen Geschäftsführers, Christian Gaebler, und des wissenschaftspolitischen Sprechers, Lars Oberg, diskutierten neben Vertretern aus den Leitungen von Universitäten und Fachhochschulen auch Studierende, Vertreter

des akademischen Mittelbaus und Experten aus der Bildungsforschung die Auswirkungen der Veränderungen. Die Veranstaltung war zugleich Auftakt einer umfangreichen Überprüfung der Experimentierklausel des

Berliner Hochschulgesetzes und ihrer Auswirkungen auf die Selbstbestimmung innerhalb der Gruppenhochschule. In den nächsten Monaten wird die Diskussion fortgesetzt.

## Berlin baut auf Konjunktur



Schulstadtrat Reinhard Naumann und Michael Müller bei der Besichtigung des Umbaus der Pommern-Hauptschule und der Goerdeler-Grundschule zur ersten Gemeinschaftsschule in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Als unmittelbare Antwort auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise haben die Bundesländer mit dem Bund das Zukunfts-Investitions-Gesetz auf den Weg gebracht, um die konjunkturellen Folgen der Krise für die Wirtschaft abzufedern. Berlin investiert aus Bundes- und Landesmitteln insgesamt 632 Mio. Euro, die zu einem großen Anteil in die Bereiche Bildung, Kita und Hochschule fließen. Darüber hinaus erbringen private Träger einen zusätzlichen Eigenanteil in Höhe von 31 Mio. Euro. Die Projekte wurden nach Kriterien wie energeti-

sche Gebäudesanierung, Lärmschutzmaßnahmen und Projekte, die Barrierefreiheit unterstützen, ausgewählt. In den letzten Tagen konnte die Finanzverwaltung eine stolze Nachricht verkünden: Schon über 90 % der geplanten Maßnahmen sind angepackt oder befinden sich bereits in baulicher Umsetzung. In konkreten Zahlen ausgedrückt: Bereits 730 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 626 Mio. Euro gelten mit Stand 19.10.2009 als laufende Maßnahmen. Die eigenen Zielvorgaben werden mit diesen Ergebnissen mehr als übertroffen. Davon profitiert die regionale Bauwirtschaft, deren Auftragslage seit August 2009 deutliche Zuwächse verzeichnet.

### IMPRESSUM:

Herausgeber: SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, 10111 Berlin  
Tel.: (030) 23 25 22 22, Fax: (030) 23 25 22 29, E-Mail: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de  
Internet: www.spdfraktion-berlin.de  
ViSdP: Christian Gaebler (Parlamentarischer Geschäftsführer)  
Redaktion: Andreas Schwager  
Realisierung: mattheis-werbeagentur.de  
Fotos: www.dp-dhl.com (Seite 3)  
Druck: Eggersdorfer Druck- und Verlagshaus; Auflage: 4.000  
FraktionDirekt ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die Abgabe erfolgt kostenlos.